

LAGEBILD

RECHTS- EXTREMISMUS IN BAYERN 2017

Katharina Schulze präsentiert
Lagebild zu den Gefahren von Rechts

RECHTSEXTREMISMUS IN BAYERN 2017

Mit dem Grünen Lagebild dokumentieren wir seit Jahren die aktuellen Gefahren durch den Rechtsextremismus in Bayern und fordern entsprechende Gegenmaßnahmen.¹ Mit dem vorliegenden Lagebild 2017 werfen wir das letzte Mal in dieser Legislaturperiode des Bayerischen Landtags einen Blick auf den Rechtsextremismus in Bayern.

Im Jahr 2017 – das zeigen die Antworten der CSU-Regierung auf diverse Anfragen der Landtagsgrünen – sind die Kennzahlen zu rechtsextremistisch motivierten Straftaten erstmals in den letzten vier Jahren zurückgegangen. Allerdings liegen die rechtsextremistischen Gewalttaten und auch die Angriffe auf Flüchtlinge immer noch über dem Niveau des Jahres 2014, also der Zeit, bevor die globalen Fluchtbewegungen ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen im Herbst 2015 darf als Katalysator für einen nicht geahnten Anstieg rechtsextremistisch motivierter Kriminalität und den anhaltenden Aufstieg des Rechtspopulismus in Bayern und Deutschland gelten. Vor diesem Hintergrund sprechen die Zahlen für 2017 eine andere Sprache. Das Ausmaß rechtsextremistischer Straftaten hat sich auf einem immer noch deutlich erhöhten, bedrohlichen Level stabilisiert. Die rechtsextremen und rechten Kräfte radikalisieren sich weiter und ein Ende der Gewaltbereitschaft in der rechten Szene ist noch nicht in Sicht.

Das Jahr 2017 war geprägt von immer noch anhaltenden rechtsextremistisch motivierten Angriffen auf Geflüchtete, Flüchtlingshelfer*innen, Amts- und Mandatsträger*innen sowie Andersdenkende. Aber auch rechtsextremistische Musik spielte 2017 eine Rolle, insbesondere auf Grund großer Neonazi-Konzerte in Südthüringen mit mehreren tausend Besucherinnen und Besuchern, nahe der bayerischen Grenze, die – wie wir herausgefunden haben – von bayerischen Neonazis maßgeblich mitorganisiert wurden. In diesem Jahr haben wir daher auch die rechte Musikszene in Bayern unter die Lupe genommen.

Auch zeigt unser Lagebild, wie sich die rechte Szene in Bayern im letzten Jahr weiter gewandelt hat. Rechtsextremisten setzen nicht mehr auf dumpfe Gewalt, sondern organisieren Bürgerwehren und gehen in bayerischen Städten auf Streife, um vermeintlich für die Sicherheit zu sorgen, die der Freistaat angeblich nicht garantieren kann. Rechte geben sich als soziale Kümmerer und organisieren Hilfsaktionen für Obdachlose. Neurechte Bewegungen wie die Identitäre Bewegung erhalten Zulauf und weiten ihre oft medienwirksamen Aktionen massiv aus. Auch die internationale Vernetzung der Neonazi-Szene nimmt bedrohlich zu.

Diese Entwicklungen verlangen nach einer unmissverständlichen Reaktion von Gesellschaft und Staat. Doch auch sechs Jahre nach der Selbstenttarnung des „NSU“ müssen wir leider feststellen, dass die CSU keine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt vorweisen kann. Das Ende 2017 vorgestellte aktualisierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus bleibt hinter den Erwartungen weit zurück. Symptomatisch ist auch, dass sich die CSU-Regierung bereits schwer damit tut, das Attentat am Münchener OZ im Sommer 2016 als rassistisch und rechtsextrem motivierte Tat einzuordnen, auch wenn immer mehr Stimmen aus Wissenschaft und Politik genau das fordern.

¹ Siehe hier z.B. das grüne Lagebild 2015 und das Lagebild 2016.

Wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden uns weiterhin für ein konsequentes Eintreten gegen Rassismus und Neonazis einsetzen.

Weiterhin besorgniserregende Angriffe auf Asylsuchende und Asylhelfer*innen

Auch 2017 bleiben wie schon in den Vorjahren Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer eines der Hauptziele rechter Angriffe. Wie das CSU-Innenministerium uns gegenüber einräumte, wurden letztes Jahr 72 Straftaten registriert, die sich gegen Asylunterkünfte, Asylsuchende und Asylhelfer*innen richteten. Davon sind alle, bis auf eine Tat dem Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität Rechts (PMK-Rechts) zuzuordnen.²

Jahr	Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte
2003	3
2004	8
2005	4
2006	7
2007	1
2008	-
2009	2
2010	3
2011	2
2012	2
2013	13
2014	25
2015	77
2016	94
2017	32

2017 wurden 32 Flüchtlingsunterkünfte, von Geflüchteten bewohnte Wohnungen oder im Bau befindliche Unterkünfte Ziel von rechtsextremistisch motivierten Straftaten (PMK rechts).³ Die dramatisch hohe Zahl an Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte vom Vorjahr ist damit 2017 glücklicherweise erheblich, um ca. zwei Drittel zurückgegangen. Dennoch müssen wir feststellen, dass es 2017 immer noch deutlich mehr entsprechende Straftaten gab als 2014, im Jahr vor dem massiven Anstieg an Asylanträgen in Deutschland.

Rund um die Flüchtlingsunterkünfte wurden 2017 häufig Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwandt und es kam vor allem zu Sachbeschädigungen. Auch wurden etliche Fälle von Volksverhetzung registriert und Andersdenkende strafrechtlich relevant bedroht. In mindestens einem Fall wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. In Altusried (Schwaben) wurde vor einem Asylbewerberheim mittels Pyrotechnik eine Sprengstoffexplosi-

² Vgl. Ziffer 1 und 6 der Antwort der Staatsregierung vom 27.3.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Gewalt gegen Unterkünfte von Asylsuchenden, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten 2017.

³ Vgl. ebd., Ziffer 1.

on herbeigeführt.⁴ Im Übrigen wies das CSU-Innenministerium auf unsere Anfrage hin keine Brandstiftungsdelikte aus.

Nach wie vor angespannt ist die Situation für Geflüchtete außerhalb ihrer Asylunterkunft oder Wohnung. Nach Angaben des CSU-Innenministeriums hat die Polizei letztes Jahr 22 Fälle (2016: 29 Fälle) registriert, bei denen Geflüchtete bzw. Asylsuchende außerhalb ihrer Unterkunft Opfer von rechtsextrem motivierter Kriminalität wurden.⁵ Besonders erschreckend ist dabei, dass die Geflüchteten bzw. Asylsuchenden in der Regel körperlich angegriffen wurden. Die Angriffe erfolgten durch Einzelpersonen oder auch oft durch Gruppen. Anders als im Vorjahr hat sich die CSU-Regierung trotz unserer gleichlautenden Anfrage bedeckt gehalten, welcher Art und Schwere die Körperverletzungsdelikte waren.

Ziel rechter Angriffe bleiben auch weiterhin die Flüchtlingshelfer*innen. Im Jahr 2017 wurden in 18 Fällen (2016: 22 Fälle) VertreterInnen von Hilfsorganisationen bzw. ehrenamtliche/freiwillige Helfer*innen Opfer rechtsextremistisch motivierter Straftaten. Zu welchen konkreten Delikten es dabei kam, hat uns die CSU-Regierung anders als in den Vorjahren nicht mitgeteilt.

Aufklärungsquote weiter eklatant niedrig

Die Aufklärungsquote bei Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte bleibt erschreckend niedrig. Zwar wurden für alle 32 Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet. Doch in 18 Verfahren kam es zu einer Verfahrenseinstellung, weil kein/e Täter*in ermittelt werden konnte. In einem weiteren Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein, weil ein „Tatnachweis nicht mit der zur Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit geführt werden konnte“. Auch bei der in Altusried herbeigeführten Sprengstoffexplosion konnten der oder die Täter*innen nicht ermittelt werden. Damit konnten insgesamt nur ca. 40 Prozent der Straftaten aufgeklärt werden. Die Ermittlungserfolge sind damit in diesem Bereich deutlich schlechter, wie der Blick auf die allgemeine Aufklärungsquote in Bayern verrät, die 2017 bei 66,4 Prozent lag.⁸

Weiterhin zu viele rechtsextremistisch motivierte Straftaten

Die menschenverachtenden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind nur ein Aspekt rechter Kriminalität. Insgesamt bleiben das Ausmaß der Straftaten von rechts – trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr – auf einem unerträglich hohen Niveau. Das Innenministerium registrierte im Jahr 2017 eine Zahl von 1.829 rechtsextremistisch motivierten Straftaten.

4 Vgl. ebd., Anlage 4 zu den Fragen 7.1 und 7.3.

5 Vgl. ebd., Anlage 2 zu Frage 1.c).

6 Vgl. ebd., Anlage 3 zu Frage 1.d).

7 Vgl. ebd., Ziffern 7.2 und 7.3.

8 Vgl. Kriminalitätsstatistik Bayern 2017, abrufbar unter: http://www.polizei.bayern.de/content/6/4/9/pks_pressebericht_2017.pdf.

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten
2010	1.455
2011	1.509
2012	1.693
2013	1.610
2014	1.862
2015	2.202
2016	2.266
2017	1.829

Die rechtsextremistisch motivierten Straftaten verteilten sich 2017 wie folgt auf die einzelnen Regierungsbezirke:

- **Mittelfranken: 299 Delikte**
- **Niederbayern: 169 Delikte**
- **Oberbayern: 687 Delikte**
- **Oberfranken: 147 Delikte**
- **Oberpfalz: 150 Delikte**
- **Schwaben: 250 Delikte**
- **Unterfranken: 127 Delikte**

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“
2012	405
2013	375
2014	596
2015	886
2016	989
2017	?

Wie sich die Delikte im Bereich der sogenannten rechten Hasskriminalität, als einem Teilbereich der PMK-Rechts, im Jahr 2017 entwickelt haben, dazu liegen uns bisher noch keine Antwort der CSU-Regierung vor.¹¹

9 Der Oberbegriff der politisch motivierten Kriminalität umfasst auch klassische Staatsschutzdelikte. Vgl. die Übersicht zu Begriff und Kategorisierung politisch motivierter Kriminalität auf der Webseite des Bundesministeriums des Inneren (www.bmi.bund.de). Quelle: Vgl. Ziffer 4.1. der Antwort der Staatsregierung vom 29.3.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2017.

10 Vgl. ebd., Ziff. 4.3.

11 Vgl. Bundesministeriums des Inneren (Fn. 9). Das Themenfeld „Hasskriminalität“ umfasst nach Angaben des Staatsministeriums der Justiz politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status verübt wurde und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet, vgl. Ziffer 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 09.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17. Januar 2017 betreffend „Rechtsextrem motivierte Volksverhetzung und „Hassmails“.

Weiterhin hohe Gewalttätigkeit der rechtsextremen Szene

Erschreckend ist insbesondere die hohe Brutalität der rechtsextremistischen Szene, die sich an der Zahl der rechtsextremen Gewalttaten ablesen lässt. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten ist 2017 zwar zurückgegangen, liegt aber immer noch über den Niveau des Jahres 2014.¹²

Jahr	Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten
2010	58
2011	57
2012	65
2013	66
2014	66
2015	91
2016	113
2017	68

Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten verteilten sich 2017 wie folgt auf die einzelnen Regierungsbezirke:

- **Mittelfranken: 7 Delikte**
- **Niederbayern: 2 Delikte**
- **Oberbayern: 33 Delikte**
- **Oberfranken: 2 Delikte**
- **Oberpfalz: 3 Delikte**
- **Schwaben: 16 Delikte**
- **Unterfranken: 5 Delikte**¹³

Die Aufklärungsquote ist auch bei den rechten Gewaltdelikten zu niedrig. Laut Angaben der CSU-Regierung wurden 2017 zwar wegen aller 68 Vorfälle Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen nach Verfahrensverbindungen 66 Verfahren weiterverfolgt wurden. Aber nur in 26 Fällen wurden bisher 28 Beschuldigte angeklagt bzw. Strafbefehl gegen sie beantragt.¹⁴ Das sind gerade einmal 39 Prozent aller Verfahren. In 23 Fällen wurde das strafrechtliche Verfahren ganz oder zum Teil eingestellt, wobei in sieben Fällen der oder die Täter nicht ermittelt werden konnten.¹⁵

¹² Vgl. Ziffer 1.1. der Antwort der Staatsregierung vom 29.3.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2017.

¹³ Vgl. ebd., Ziff. 1.3

¹⁴ Vgl. ebd., Ziff. 3.2.

¹⁵ Vgl. ebd. Die Ermittlungen waren in 9 Fällen im Zeitpunkt unserer Anfrage noch nicht abgeschlossen, in 9 Verfahren dauern die Ermittlungen der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften noch an. Außerdem ist bei der Aufstellung zu berücksichtigen, dass von den 66 Verfahren in einem Verfahren mehrere Abschlussverfügungen ergangen sind, vgl. ebd. S. 5.

Auch die Zahl der Menschen, die Opfer rechter Gewalttaten würden, ist weiterhin hoch. 76 Menschen wurden 2017 Opfer von rechten Gewaltdelikten.¹⁶

Jahr	Zahl der Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewaltdelikte
2010	63
2011	74
2012	83
2013	105
2014	86
2015	117
2016	139
2017	76

Das Gefährdungspotential durch rechte Gewalt bleibt also weiter beträchtlich. Das lassen auch die Zahlen zu den polizeilich als Gefährder geführten rechtsextremen Personen erahnen.¹⁷ Auch wenn das Innenministerium für 2017 nur ungefähre Angaben zu Zahlen gemacht hat, weil diese Information anders als bis 2015 teilweise als Verschlusssache eingestuft wurden, können wir trotzdem feststellen: Die Zahlen bewegen sich ungefähr auf dem Vorjahresniveau.¹⁸

Jahr	Rechtsextreme Gefährder	Relevante Personen
2012	1	1
2013	2	25
2014	2	27
2015	3	21
2016	„niedriger einstelliger Bereich“¹⁹	„unter 20 Personen“²⁰
2017	„niedriger einstelliger Bereich“²¹	„unter 20 Personen“²²

16 Vgl. Ziffer 2.1. der Antwort der Staatsregierung vom 29.3.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2017.

17 Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 19.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern.

18 Vgl. für die Jahre 2012 bis 2015 die Antwort der Staatsregierung vom 10.06.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 07.01.2016 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern (Drs. 17/10359).

19 Vgl. Ziff. 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 20.03.2017 (Fn. 18).

20 Vgl. Ziff. 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 20.03.2017 (Fn. 18).

21 Vgl. Ziff. 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 19.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Rechtsextremes Gefährdungspotential in Bayern.

22 Vgl. ebd., Ziff. 2.2.

Rechtsextremistisch motivierte Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche

Einschüchterungsversuche und Bedrohungen einschließlich Morddrohungen gegenüber all jenen Personen, die nicht in das menschenverachtende Schema der rechtsextremen Ideologie passen, gehören zum perfiden Standardrepertoire der Neonazis. Die Zahl der strafrechtlich relevanten Bedrohungen sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.²³

Jahr	Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen (§ 241 StGB)
2010	8
2011	15
2012	17
2013	13
2014	15
2015	42
2016	30
2017	31

Zielscheibe der Rechten sind Amts- und Mandatsträger*innen, Geflüchtete und auch Personen, die sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten einsetzen. Knapp ein Drittel der Bedrohungen wurden im Internet ausgesprochen.

Äußerst unbefriedigend sind auch hier die Ermittlungserfolge. 2017 konnten nur in ca. 41 Prozent der eingeleiteten Ermittlungsverfahren der oder die Täter*innen ermittelt werden.²⁴

Rechte Straftaten im Internet

Die offiziellen Zahlen des Innenministeriums in den letzten Jahren zeigen auch, dass das Internet, allen voran E-Mails und Social-Media-Kanäle, bei rechtsextremen Straftaten in den letzten Jahren eine immer größere Rolle spielen. Seit 2012 haben sich die Fallzahlen mehr als versechsfacht.²⁵ Leider hat die Staatsregierung immer noch keine Antwort auf die Anfrage „Rechtsextrem motivierte „Hasspostings“ und „Hassmails“ im Internet 2017“ von Katharina Schulze vom 15.01.2018 gegeben, so dass die Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“) nachgereicht werden muss. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zahlen dort gestiegen sind.

²³ Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 27.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 09.01.2018 betreffend Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen und Morddrohungen.

²⁴ Vgl. ebd., Ziff. 3.1 und 4.1.

²⁵ Vgl. zu den Vorjahren die Schriftlichen Anfragen der Abgeordneten Katharina Schulze vom 27.2.2015 (Drs. 17/6010) und vom 7.1.2016 (Drs. 17/10347).

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“)
2012	53
2013	48
2014	105
2015	251
2016	328
2017	???

Hass im Netz darf nicht unterschätzt werden. Virtuelle Hetzer*innen sind gefährlich und oft auch mit einflussreichen rechten Akteuren vernetzt. Das haben 2016 die bundesweiten Hausdurchsuchungen einer vom Ostallgäu und Nürnberg aus geleiteten, geheimen und mehrere hundert Mitglieder starken Facebook-Gruppe „Großdeutschland“, in der der Nationalsozialismus verherrlicht und Straftaten wie Volksverhetzung begangen wurden, gezeigt.²⁶

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen

Auf einem weiterhin erschreckend hohen Niveau bewegen sich auch die rechtsextremistisch motivierten Angriffe auf Amts- und Mandatsträger*innen. Hier zeigt sich, dass Neonazis gezielt versuchen, Politikerinnen und Politiker zu bedrohen, sie einzuschüchtern und so letztendlich die demokratische Willensbildung zu beeinflussen.

2017 kam es zu 74 rechten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen.²⁷ Viele dieser Delikte waren Beleidigungsdelikte, Propagandadelikte (v.a. Verwendung von verfassungswidrigen Kennzeichen) und Sachbeschädigungen. In sieben Fällen haben die Täter*innen öffentlich zu Straftaten aufgefordert. In drei Fällen haben Nazis Amts- und Mandatsträger*innen bedroht. In einem Fall kam es in Niederbayern zu einem Gewaltdelikt (Erpressung).²⁸ Auffällig ist auch bei dieser Deliktsgruppe, dass ca. 45% dieser Straftaten (33 Straftaten) im Internet begangen wurden.²⁹

Die Aufklärungsquote ist bei diesen für unsere Demokratie gefährlichen Delikten deutlich zu niedrig. 40 Prozent der Verfahren auf Grund von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen wurden eingestellt, weil kein/e Täter*in ermittelt werden konnte.³⁰ Nur in 5 von 65 Verfahren der im Jahr 2017 begangenen Straftaten wurde bislang Anklage erhoben bzw. in 9 Fällen Strafbefehl beantragt.³¹

26 Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 25.11.2016 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 14.07.2016 betreffend Rechte Hetze im Netz: Durchsuchungsaktionen in Bayern (Drs. 17/13061).

27 Vgl. Ziff. 1.1 der Antwort der Staatsregierung vom 21.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 15.01.2018 betreffend Rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger 2017.

29 Vgl. ebd., Ziff. 1.3.

30 Vgl. ebd., Ziff. 4.1 und 4.2.

31 Vgl. ebd., Ziff. 4.1 und 4.2 und Anlage 2.

Untergetauchte Neonazis

Beunruhigend bleibt auch, dass sich in Bayern nach Angaben des Innenministeriums aktuell 78 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis der Festnahme entziehen (2016: 62 Personen)³². Damit ist 2017 die Zahl unvollstreckter Haftbefehle gegen Personen mit Bezügen zur PMK-Rechts im Vergleich zum vergangenen Jahr erneut angestiegen, und zwar um ca. 25 Prozent. 2017 lagen 92 unvollstreckte Haftbefehle vor. Unter den Gesuchten befinden sich schwerste Gewalttäter.³³ Mehr als jeder fünfte unvollstreckte Haftbefehl betrifft ein Gewaltdelikt. Untergetauchte Neonazis führen ein Halbwelt-Dasein und stellen eine ernstzunehmende Gefahr für Bayern dar. Das wissen wir spätestens seit der Selbstenttarnung des „NSU“.

Nachdem im Jahr 2015 in Bayern gleich mehrfach rechtsterroristischen Bestrebungen ans Licht kamen, haben sich innerhalb des letzten Jahres nach Angaben der CSU-Regierung keine neuen rechtsterroristischen Vereinigungen in Bayern gebildet.³⁴

Waffen in den Händen von Rechtsextremisten

Die Zahl der bewaffneten Neonazis in Bayern steigt an. Gab es zu Beginn des Jahres 2017 noch 113 Rechtsextremisten, die über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügten, waren zum Jahresende 136 Personen bekannt. Das bedeutet einen Zuwachs um 20%.³⁵

Offensichtlich stehen v.a. Schreckschusswaffen bei Rechten hoch im Kurs. Die Zahl der Rechtsextremisten, die über einen sogenannten kleinen Waffenschein verfügen, und damit legal die Schreckschusswaffen außerhalb der eigenen Wohnung, Geschäftsräume bzw. des „umfriedeten Besitztums“ tragen dürfen, ist binnen des Jahres 2017 um 50% gestiegen (von 41 auf 62 Personen).³⁶ Tatsächlich ist zu befürchten, dass noch viel mehr Rechtsextremisten eine Schreckschusswaffe besitzen, da diese erlaubnisfrei erworben und innerhalb des eigenen Hauses/Wohnung/Grundstück auch erlaubnisfrei getragen werden darf. Das ist höchst bedenklich, da Schreckschusswaffen alles andere als ungefährlich sind und ein erhebliches Bedrohungspotential haben.

Daneben besitzen 74 weitere Personen eine Schusswaffe (Waffenbesitzkarte). Einige von diesen Rechtsextremisten verfügen zusätzlich auch noch über einen kleinen Waffenschein und damit eine Schreckschusswaffe.³⁷

32 Vgl. Ziffer 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 27.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11. 01.2018 betreffend Untergetauchte Neonazis.

33 Vgl. ebd., Ziffer 3.1, 3.2 und 4.2. Zu zwei unvollstreckten Haftbefehlen wegen Mordes weist die CSU-Regierung darauf hin, dass sich die eine betroffene Person in einer JVA in der Slowakei befindet und die andere betroffene Person nach Polen

34 Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 14.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Rechtsterroristische Bestrebungen in Bayern.

35 Vgl. Ziff. 3.1 der Antwort der Staatsregierung vom 13.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 22.01.2018 betreffend Waffen in Bayern 2017.

36 Vgl. ebd..

37 Vgl. ebd..

Beim Thema Waffen in den Händen von Neonazis versagt die CSU. Zwar hatte das CSU-Innenministerium mit Schreiben vom 7.1.2016 die Waffenbehörden darüber informiert, Neonazis die waffenrechtliche Erlaubnis (Waffenschein, Waffenbesitzkarte) konsequent zu widerrufen. Offensichtlich wird dieses Schreiben aber nicht konsequent angewandt.³⁸ Das zeigt sich auch daran, dass das BayLfV 2017 in 67 Fällen die zuständigen Waffenbehörden auf rechtsextreme Waffenbesitzer hingewiesen hat. Lediglich in 22 Fällen wurden letztes Jahr die Erlaubnisse durch die Waffenbehörden aufgehoben.³⁹

Auf die Frage nach den im Zusammenhang mit rechtsextremen Straftaten (PMK rechts) mitgeführten oder sogar benutzten Schusswaffen haben wir, anders als in den Vorjahren, keine Antwort erhalten. Auch zu illegal von Neonazis besessenen Waffen hat uns die CSU-Regierung die Antwort vorenthalten.⁴⁰

Besonders gefährlich bleibt auch die Affinität der „Reichsbürger“ zu Waffen. Bislang wurden bei „Reichsbürgern“ 607 Waffen eingezogen bzw. zurückgegeben. Das hat der CSU-Innenminister dem Landtag auf Grünen-Antrag im Februar 2018 hin berichten müssen.⁴¹ Insgesamt wurden 169 „Reichsbürgern“ zwischen Oktober 2016 und 31.12.2017 die waffenrechtliche Erlaubnis(se) widerrufen.⁴² 58 „Reichsbürger“ und Personen, die in Verdachten stehen, der „Reichsbürger“-Szene anzugehören haben noch eine waffenrechtliche Erlaubnis.⁴³ Es kursieren in der „Reichsbürger“-Szene aber auch eine unbekannte Zahl illegaler Waffen. Auf unsere Anfrage hin bestätigte die CSU-Regierung, dass 2017 36 illegale Waffen bei „Reichsbürgern“ beschlagnahmt wurden.⁴⁴ Besonders gravierend ist ein aktueller Fall aus Oberfranken. Bei einem Mann aus Hof, der sich nach der Inbrandsetzung eines PKW's im Zuge der polizeilichen Ermittlungen als „Reichsbürger“ herausstellte, beschlagnahmten die Behörden im Februar 2018 mehrere einsatzbereite Langwaffen samt 2000 Schuss Munition.⁴⁵

Rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge

Auch wenn Neonazis nicht immer den Weg der Gewalt wählen, sondern auf die Straße gehen: Flüchtlinge bleiben auch 2017 der Aufhänger für rechte Stimmungsmache. Das zeigt eine Übersicht über die mehr als 80 Aktionen der rechtsextremen Szene gegen Geflüchtete bzw. im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, die dem CSU-Innenministerium bekannt geworden sind.⁴⁶ Die NPD wird, anders als noch 2016, bei solchen Aktionen kaum noch tätig. Das Ruder

38 Vgl. ebd., Ziff. 3.3. Das CSU-Innenministerium weist in seiner Antwort darauf hin, dass die Waffenbehörden „in eigener Zuständigkeit“ entscheiden.

39 Vgl. ebd., Ziff. 4.1 und 4.2.

40 Vgl. ebd., Ziff. 4.2 und 5.1. Anders noch im Vorjahr, vgl. 2.3 der Antwort der Staatsregierung vom 07.03.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 26.01.2017 betreffend Entwicklung der Schusswaffen in Bayern im Jahre 2016 (Drs. 17/15929).

41 Bericht des CSU-Innenministers im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport vom 28.2.2018, der auf Grünen Antrag (Drs. 17/15172) hin gegeben wurde.

42 Vgl. Ziff. 7.2. der Antwort der Staatsregierung vom 05.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 23.01.2018 betreffend Gefahren durch „Reichsbürger“ in Bayern 2017.

43 Vgl. ebd., Ziff. 7.1.

44 Vgl. ebd., Ziff. 7.3

45 <https://www.br.de/nachrichten/oberfranken/inhalt/bewaffneter-reichsbuerger-in-hof-festgenommen-100.html>

46 Vgl. Anlage 5 zu Frage 8.3 der Antwort der Staatsregierung vom 27.3.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 11.01.2018 betreffend Gewalt gegen Unterkünfte von Asylsuchenden, Geduldete, Flüchtlinge, Menschen mit Abschiebeschutz und Migrantinnen und Migranten 2017.

übernehmen hier vor allem rechte Bewegungen der neueren Generation. Organisiert wurden fast alle Flugblattverteilungen, Transparentaktionen, Kundgebungen, Informationsstände und Aufkleberaktionen durch die 2013 gegründete Neonazi-Partei „Der III. Weg“ und die neurechte Identitäre Bewegung (IB), die immer aktiver wird.

Nazis auf Streife: Rassistische und rechtsextreme Bürgerwehren in Bayern

Seit Anfang 2016 haben sich in Bayern selbsternannte „Bürgerwehren“ formiert, die von Rassist*innen und Rechtsextremist*innen mitorganisiert werden. Bislang war der größte Teil der „Bürgerwehren“ vor allem im Internet aktiv, wo online Stimmung gegen Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund gemacht wurde. Aktuell gibt aber einen Trend dahin, dass Neonazis auch in der realen Welt, auf Bayerns Straßen, patrouillieren.

Auffällig geworden ist mit den „Soldiers of Odin“ (SoO) eine europaweit agierende rassistische Bürgerwehr, deren bayerischer Ableger 2017 auch hierzulande auf „Spaziergängen“ und „Streifen“ durch Innenstädte im Freistaat unterwegs war. Dem CSU-Innenministerium sind hier zwar nur vier Fälle aus Würzburg, Donauwörth und München bekannt.⁴⁷ Mittlerweile treten die SoO aber auch in anderen Städten, z.B. in Regensburg, in Erscheinung.⁴⁸ Obwohl die Gruppe sich selbst als unpolitisch darstellt, spricht der Online-Auftritt der SoO eine andere Sprache. Hier finden sich eindeutige Bezüge zum rechtsextremen Gedankengut (z.B. „Volkstodgedanke“). Auch die alten „Reichsfarben“ schwarz, weiß und rot sind bei einzelnen Mitgliedern der SoO beliebt.⁴⁹ Alarmierend ist auch, dass es personelle Bezüge der SoO zur rechtsextremen Szene in Bayern gibt. Einzelne Aktivisten der SoO nehmen nach Angaben des CSU-Innenministeriums an Demos der NPD, von „Der III. Weg“ und der Kameradschaft Unterfranken teil.⁵⁰

Die Masche, als Bürgerwehr aufzutreten und vermeintlich im Sinne der Bürger*innen für Sicherheit auf der Straße zu sorgen, hat auch die Neonazi-Partei „Der III. Weg“ für sich entdeckt. In Straubing patrouillierten Aktivisten seit Juli 2017 elfmal durch die ostbayerische Stadt. Auch andernorts in Bayern wurden solche „Streifen“ angekündigt (München, Hirschaid, Lohr am Main), allerdings ohne dass das CSU-Innenministerium in der Lage war zu bestätigen, ob diese Streifengänge auch tatsächlich durchgeführt wurden.⁵¹

Jeweils bis zu 10 Aktivisten von SoO bzw. „Der III. Weg“ gingen auf „Streife“ und zeigten Präsenz auf Bayerns Straßen. In keinem der Fälle waren die Streifengänge vorab bei den Behörden angemeldet. Und wie reagiert die CSU? Offensichtlich hatte die CSU-Regierung die SoO bis zu unserer Schriftlichen Anfrage im November 2017 kaum auf dem Schirm. In seiner Antwort spricht das CSU-Innenministerium davon, dass lediglich ein „lageangepasstes polizeiliches Einschreiten“ erfolgt, wenn es Hinweis auf tatsächliche Aktionen von selbsternannten

47 Vgl. Ziff. 2.1 und 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 14.12.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 8.11.2017 betreffend Rassistische und rechtsextreme sogenannte Bürgerwehren.

48 <https://www.regensburg-digital.de/sons-of-odin-rassistische-buergerwehr-patrouillierte-durch-regensburg/04122017/>

49 Vgl. Ziff. 2.1 und 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 14.12.2017 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 8.11.2017 betreffend Rassistische und rechtsextreme sogenannte Bürgerwehren.

50 Vgl. ebd., Ziff. 5.1 und 7.1.

51 Vgl. ebd., Ziff. 3.1 und 3.2.

Bürgerwehren auf der Straße gibt.⁵² Erst Ende Dezember 2017 hat das BayLfV die Soldiers of Odin als rechtsextrem eingestuft und der Beobachtung unterworfen. Das ist spät. Die ersten Patrouillen der SoO fanden bereits im September 2017 statt. Eine entschlossene Reaktion auf diese Bedrohung von Rechts sieht anders aus.

Neurechte Bewegungen: Identitäre Bewegung weitet Aktivitäten in Bayern aus

Seit Beginn der rassistischen Anti-Flüchtlingskampagnen (u.a. von PEGIDA und AfD) und der zunehmenden Etablierung des Rechtspopulismus treten in Bayern verstärkt neurechte und rechtsextreme Gruppierungen in Erscheinung.⁵³

Das seit Anfang 2016 in Bayern aktive „Bündnis deutscher Patrioten“ (BDP) ist 2017 der CSU-Regierung mit weniger Aktionen aufgefallen als im Vorjahr. Es gab aber dennoch erneut 2017 Aufkleberaktionen. Auch haben Aktivisten des BDP in Nürnberg an Obdachlose Lebensmittel und Kleidung verteilt, um sich als soziale Kümmerer zu inszenieren. Ebenso tritt weiterhin der Deutschrapper „Chris Ares“ für das BDP in Erscheinung.

Vor allem aber die „Identitäre Bewegung“ (IB) in Bayern hat ihre Aktivitäten im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr massiv ausgeweitet. Das musste die CSU-Regierung uns gegenüber einräumen. Die schon in den Vorjahren vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz festgestellte Tendenz, dass die IB „über den virtuellen Raum des Internets hinaus mehr und mehr auch realweltliche Aktivitäten“ entfaltet, setzt sich damit weiter fort. Waren dem CSU-Innenministerium 2015 und 2016 noch insgesamt fünf Veranstaltungen bekannt, die die IB in Bayern durchgeführt hatte (darunter mehrere Großdemonstrationen mit bis zu 450 Teilnehmer*innen im Frühjahr 2016), so hat die IB 2017 über 70 Aktionen durchgeführt. Dabei handelt es sich v.a. um Flugblatt- und Transparentaktionen an prominenten Orten (wie z.B. auf dem Balkon des Münchener Rathauses) mit islamfeindlichen Botschaften und szenetypischen Motiven der „Neuen Rechte“ („der große Austausch“, Islamisierung Bayerns, etc.), die im gewohnten Stile der IB über das Internet teils enorme Verbreitung finden.⁵⁴

Neovölkische Botschaften und die hohe Internetaffinität bleiben das Kennzeichen der IB. Völlig geschmacklose Aktionen, wie die Bemühungen der Hamburg IB, Vormundschaft für minderjährigen Flüchtlinge zu übernehmen, sind der CSU-Regierung nicht bekannt.⁵⁵ Aber dass es dazu auch in Bayern kommt, kann das CSU-Innenministerium auch nicht ausschließen.

Bedrohlich ist, dass die IB ihren Aktionsradius auch im Bereich der bayerischen Universitäten ausgeweitet hat. 2017 gab es mindestens vier Aktionen, darunter eine Störaktion im Mai 2017 an der Uni Regensburg. Dort stürmten mit Niqabs verhüllte Aktivisten der IB den Hörsaal einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Europa in der Pflicht? Antworten auf die neue

52 Vgl. ebd., Ziff. 7.2

53 Vgl. die Antwort der Staatsregierung vom 19.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.01.2018 betreffend Aktivitäten des neurechten Bündnisses deutscher Patrioten.

54 Vgl. Ziff. 1.1 und 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 14.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.01.2018 betreffend Aktivitäten der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ in Bayern 2017.

55 Vgl. ebd., Ziff. 8.1 und 8.2.

56 Vgl. ebd., Ziff. 4.2.

Nahost-Politik der USA“.⁵⁶ Ausgerichtet wurde die Veranstaltung vom pro-europäischen Forum „Junges Europa“, das unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bundesaußenministers Klaus Kinkel steht. Über Aktivitäten der IB in Bayern an der Bundeswehr-Universität in München verweist die CSU-Regierung auf die Zuständigkeit der Bundesregierung.⁵⁷

In personeller Hinsicht ist die IB nicht zu unterschätzen. Mit den etwa 100 Personen, die in Bayern bei der IB aktiv tätig sind (50 bei der IB Bayern, 30 bei der IB Schwaben und 20 bei der IB Franken),⁵⁸ darf sie zu den größeren und einflussreicheren rechtsextremen Gruppierungen gezählt werden. In Oberbayern ist die IB besonders aktiv. Frauen spielen bei der IB offensichtlich nur für die mediale Darstellung auf YouTube, Facebook und Instagram eine Rolle, wo sie auffällig häufig vertreten sind. Wie bei anderen Rechtsextremen auch ist die IB „hauptsächlich männlich“ dominiert.⁵⁹

Die IB hat nach Angaben der CSU-Regierung zwar keine konkreten politischen Ziele. Sie will aber durch ihre Aktionen „als Teil der „Neuen Rechten“ den politischen Diskurs beeinflussen und nach rechts steuern. Dazu vernetzt sie sich auch europäisch mit den starken IB-Bewegungen in Österreich und Frankreich, dem Stammland der IB.⁶⁰

Unübersehbar sind die Wechselwirkungen zwischen IB auf der einen und der AfD auf der anderen Seite. Vereinzelt IB-Mitglieder sind immer wieder als Ordner oder Teilnehmer auf AfD-Veranstaltungen gesichtet worden.⁶¹ Der Ex-Vorsitzende der Bayern-AfD Peter Bystron sagte, die AfD müsse das Schutzschild für die IB sein. Bei den Veranstaltungen der PEGIDA München laufen regelmäßig IB-Aktivist*innen⁶² mit. Auch sind dem BayLfV „einzelne Aktivist*innen“ der IB bekannt, die „zuvor bereits in anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, wie in einem Fall des verbotenen Freien Netz Süd (FNS) aktiv waren“.⁶³

Auch wenn die IB sich als smarte neorechte Bewegung gibt, so begehen ihre Aktivist*innen auch immer wieder Straftaten. 2016 waren es 10 Straftaten. 2017 standen (Stand 14.2.2018) die Fallzahlen noch nicht endgültig fest – aber auch hier konstatiert das CSU-Ministerium vorläufig 10 Straftaten.⁶⁴

Immer mehr Reichsbürger

Erneut gibt es einen Anstieg bei den Zahlen zu den sogenannten Reichsbürgern in Bayern. Zwar hat die CSU mittlerweile die Gefährlichkeit der „Reichsbürger“ erkannt und handelt. Die Ausmaße des Problems bleiben aber weiterhin erschreckend. Auf Grünen-Antrag⁶⁵ hin berichtete der CSU-Innenminister Anfang März 2018 im Innenausschuss des Landtages über die Entwicklung der „Reichsbürger“-Szene in Bayern. Derzeit hat die Polizei 3.850 „Reichsbürger“ identifiziert. Weitere 1.400 Verdachtsfälle werden aktuell geprüft.

57 Vgl. ebd., Ziff. 4.2.

58 Vgl. ebd., Ziff. 1.3.

59 Vgl. ebd., Ziff. 4.3.

60 Vgl. ebd., Ziff. 6.1.

61 Vgl. ebd., Ziff. 3.1.

62 Vgl. ebd., Ziff. 3.2.

63 Vgl. ebd., Ziff. 7.1.

64 Vgl. ebd., Ziff. 7.2.

65 Drs. 17/15172.

Der Bericht des Innenministers vom März 2018 offenbarte auch, dass unter den „Reichsbürgern“ auch 60 Personen sind, die klar zur rechtsextremen Szene gehören. Außerdem bestätigte die CSU-Regierung, dass es auch in der AfD „Reichsbürger“ gibt.⁶⁶ Auch wird ein „Reichsbürger“ als „relevante Person“ eingestuft.⁶⁷ 66 politisch-motivierten Gewalttaten von „Reichsbürgern“ gab es 2017, von Körperverletzung bis tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte war alles dabei.⁶⁸ 358 politisch-motivierte Straftaten von sogenannten Reichsbürgern fanden 2017 statt.⁶⁹

Im rechten Takt: Die rechtsextremistische Musikszene in Bayern

Rechtsextreme Musik hat nach wie vor einen enormen Stellenwert für die rechte Szene in Bayern. Jugendliche finden über die Musik den Einstieg in den Rechtsextremismus. Die Konzerte und Festivals fördern den Zusammenhalt, fungieren als Kontaktbörse und dienen dem Informationsaustausch.⁷⁰ Der Aspekt der Vernetzung ist nicht zu unterschätzen. Bei den Organisatoren rechter Musikevents finden sich auch Verbindungen zu internationalen Neonazi-Netzwerken. In den vergangenen Jahren gab es in Bayern drei Konzerte, bei denen Aktivisten der „Hammerskins Nation“ Ausrichter waren oder dem Spektrum der „Hammerskins“ zuzuordnen sind, wie uns das CSU-Innenministerium mitteilte.⁷¹ Für die Identitäre Bewegung spielt die Stilrichtung des Neofolks eine herausgehobene Rolle, die neurechte Denkmuster transportiert und bei der Ästhetik Anleihen beim Faschismus und dem Nationalsozialismus nimmt. Führende Köpfe der IB, insbesondere Martin Sellner, posten Videos entsprechender Bands, empfehlen Neofolk oder spielen gleich selbst.⁷² Einer der führenden Köpfe des neurechten Bündnisses deutscher Patrioten (BdP), Chris Ares, tritt als Rapper auf. Die CSU-Regierung bewertet jedoch dessen Musik als „nicht rechtsextremistisch“.⁷³

2017 gab es in Bayern fünf rechte Konzerte (in Oberbayern und Schwaben) mit jeweils bis zu 100 Zuschauer*innen (320 Zuhörer*innen 2017 insgesamt). Zuletzt gab es Anfang 2018 in Wachenroth (Mittelfranken) einen Auftritt mehrerer Bands in einem leerstehenden Fabrikgebäude. Es finden damit in Bayern deutlich weniger Veranstaltungen statt als noch vor ein paar Jahren. Grund ist die mittlerweile repressive Politik der Polizei, die zu begrüßen ist. Allerdings kann die CSU-Regierung keine abschließenden Angaben zur Zahl der Konzerte in Bayern machen. Nicht aufgeführt hat das CSU-Innenministerium in seiner Antwort an uns bspw. das Konzert der Band „Faustrecht“ in Seibranz (Bad Wurzach, Landkreis Ravensburg) am 07.10.2017 im Rahmen des 15-jährigen Jubiläums der im Allgäu beheimateten rechtsextremistischen Skinheadgruppierung „Voice of Anger“ (VoA). Damit ist von einer entsprechenden Dunkelziffer rechter Konzerte in Bayern auszugehen.

66 Vgl. Ziff. 2.3. der Antwort der Staatsregierung vom 05.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze vom 23.01.2018 betreffend Gefahren durch „Reichsbürger“ in Bayern 2017.

67 Vgl. ebd., Ziff. 5.2.

68 Vgl. ebd., Ziff. 3.3.

69 Vgl. ebd., Ziff. 3.2. Politisch-motivierte Straftaten waren u.a. Volksverhetzung, Nötigung, Beleidigungen, falsche Verdächtigungen, Urkundenfälschung und Co. (genaue Auflistung in Anlage 2)

70 Vgl. Ziff. 3.3 der Antwort der Staatsregierung vom 26.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 16.01.2018 betreffend Rechtsextreme Musikszene in Bayern.

71 Vgl. ebd., Ziff. 8.2.

72 Vgl. Ziff. 7.3. der Antwort der Staatsregierung vom 26.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 24.01.2018 betreffend Rechtsextreme Musik und deren Vertriebsstrukturen in Bayern.

73 Vgl. Ziff. 7.3. der Antwort der Staatsregierung vom 19.02.2018 auf die die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 17.01.2018 betreffend Aktivitäten des neurechten „Bündnisses deutscher Patrioten“ in Bayern 2017.

Doch auch wenn es insgesamt weniger Konzerte in Bayern gibt, nutzten – nach Auskunft der CSU-Regierung – „bayerische Rechtsextremisten Örtlichkeiten in anderen Bundesländern, um Musikveranstaltungen zu organisieren.“ Patrick Schröder, der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Weiden i.d. Oberpfalz, war maßgeblich an der Organisation der großen rechtsextremistischen Konzerte im südthüringischen Themar, nahe der Grenze zu Bayern, im Juli und im Oktober 2017 beteiligt.⁷⁵ Auch eine weitere, vom CSU-Innenministerium nicht näher genannte Person aus der rechten Szene hat in Thüringen Rechtsrockkonzerte organisiert. Bayerns Neonazis exportieren also kräftig rechte Musik in andere Bundesländer.

Und Neonazis aus Bayern reisen eben zu Konzerten in andere Bundesländer. Das CSU-Innenministerium sagt dazu, dass der hohe Stellenwert der Musikveranstaltungen daran zu erkennen ist, dass „in Bayern wohnhafte Rechtsextremisten an Szenekonzerten im In- und Ausland teilnehmen“.⁷⁶

Auch gibt es nach wie vor eine aktive, einflussreiche Szene rechter Bands in Bayern. Neben Frank Rennie, dem bundesweit bekanntesten Neonazi-Liedermacher, sind dem Landesamt für Verfassungsschutz mehr als zehn bayerische Bands bekannt, die „eine Bedeutung in der bayerischen und bundesdeutschen rechtsextremen Musikszene“ haben.⁷⁷ Schwerpunkt ist hier das Allgäu, wo die meisten bayerischen rechtsextremen Bands herkommen. Grund dafür ist die dortige rechtsextremistische Skinheadgruppierung „Voice of Anger“ (VoA).

Allerdings hat die CSU-Regierung nach wie vor nicht die gesamte Musikszene auf dem Schirm. Auf unsere Anfrage nach der rechten Musikszene in Bayern wird der Themenbereich rechter Hip-hop komplett ausgeklammert.⁷⁸

Vertrieb rechtsextremistischer Musik in Bayern

Nach wie vor lässt sich mit rechter Musik in Bayern Geld verdienen. Acht rechtsextreme Vertriebs- und Versandhandel sind dem CSU-Innenministerium bekannt. Wieviel Geld mit Tonträgern und Konzerten gemacht wird, darüber hat das BayLfV und die CSU-Regierung keine Informationen. Offen bleibt damit, ob das Geld nur dem Lebensunterhalt einzelner rechter Akteure dient, oder auch in die Szene investiert wird.

Erfreulich ist, dass in Bayern in den letzten Jahren keine Schulhof-CDs mehr verteilt wurden. Der Grund dafür dürfte derselbe sein, wie für die zurück gegangene Zahl an Beschlagnahmungen von Tonträgern:⁷⁹ Die rechte Szene bewegt sich auch in Sachen Musik mehr und mehr im Internet.

74 Vgl. Ziff. 4.2 der Antwort der Staatsregierung vom 26.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 16.01.2018 betreffend Rechtsextreme Musikszene in Bayern.

75 Vgl. ebd.

76 Vgl. ebd., Ziff. 3.3.

77 Vgl. Ziff. 2.2 der Antwort der Staatsregierung vom 26.02.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 24.01.2018 betreffend Rechtsextreme Musik und deren Vertriebsstrukturen in Bayern.

78 Vgl. ebd., Ziff. 1.1.

Der Fall eines von Bayern aus betriebenen rechtsextremen Internetforums zeigt, vor welche Herausforderungen das Internet die Ermittler stellt. Im Juni 2017 hat die Polizei wegen des Verdachts der Volksverhetzung die Internetseite www.racmusik.net vom Netz genommen, auf der rechtsextremistische Musik und Fotos heruntergeladen werden konnten. Seit Mitte 2013 wurden über das Portal Tausende von Dateien vertrieben. Betreiber war ein 38-Jähriger aus dem Raum Miltenberg, der der Polizei bereits wegen anderer Delikte bekannt ist. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung stellte die Polizei zahlreiche Geräte und Speichermedien sicher, auf denen sich mehrere tausend rechtsextremistische und gewaltdarstellende Dateien befanden. Vorausgegangen waren bundesweite Ermittlungen.

Letztendlich wurde aber das Ermittlungsverfahren gegen den 38-Jährigen eingestellt, da die Hochladevorgänge nicht mehr nachvollzogen werden konnten. Grund dafür kann nach Angaben der CSU-Regierung u.a. sein, dass der Tatverdächtige mittels TOR-Browser und VPN-Clients auf verschlüsselte Kommunikation geachtet hat.⁸⁰ Auch das Verfahren gegen einen Mitbeschuldigten des 38-Jährigen wegen des Verdachts der Volksverhetzung wurde eingestellt. Allerdings wird gegen den Mitbeschuldigten durch die Staatsanwaltschaft Ansbach wegen des Auffindens von kinderpornographischen Materials ermittelt.⁸¹

Rassismus in den Köpfen besiegen

Die aktive rechte Szene in Bayern, die tägliche Hetze und der Hass gegen Geflüchtete, Vertreter*innen des Islams, des Judentums und der Politik sowie auch die Ausbreitung des Rechtspopulismus zeigen, dass wir in unserer Gesellschaft ein massives Problem haben. Das Problem heißt Rassismus. Angriffe auf Flüchtlingsheime und die Märsche von PEGIDA sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Wie weit abwertende Einstellungen insbesondere gegenüber muslimischen Mitmenschen und Geflüchteten in der Bevölkerung verbreitet sind, ist erschreckend. Das zeigen auch die Ergebnisse der 2016 veröffentlichten LMU-Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bayern.⁸²

Ein gesellschaftliches Klima aus Abwertung, Diskriminierung und Hass bildet den Nährboden für die aktuell steigende Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Unsere Demokratie ist nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis begangen werden. Auch rechte Einstellungen in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ bedrohen das demokratische Klima, verschaffen dem Rechtspopulismus Auftrieb und begünstigen rechte Gewalt. Die CSU-Regierung will die Dimensionen des Problems nicht erkennen, das ist fatal, denn so verfestigen sich rechtsextreme Einstellungen in Bayern weiter.

79 Vgl. ebd., Ziff. 3.1, 8.1 und 8.2.

80 Vgl. Ziff. 3.1 und 2.1 der Antwort der Staatsregierung vom 21.03.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 25.01.2018 betreffend Rechtsextremes Onlineportal aus Miltenberg.

81 Vgl. ebd., Ziff. 8.1 und 8.2.

82 Fröhlich/Ganser/Köhler, Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians - Universität München vom 23.10.2016 (http://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/einstellungen2016/index.html).

Miserables Zeugnis für das CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und grüner Gegenentwurf

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Hasskampagnen in den sozialen Netzwerken, Einschüchterungsversuche gegenüber politischen Gegner*innen, rechtsradikale Bürgerwehren und Straftaten von Reichsbürgern wie der feige Polizistenmord eines "Reichsbürgers" in Georgensgmünd: Es ist Zeit zu handeln! Doch die CSU-Regierung lässt eine eigene wirkungsvolle Reaktion auf diese schockierende Entwicklung vermissen.

Zwar hat CSU-Innenminister Herrmann im Dezember 2017 endlich seine lange angekündigte Aktualisierung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus aus dem Jahr 2009 (!) vorgestellt. Doch diese Weiterentwicklung beseitigt nicht die systemischen Fehler des bisherigen Konzepts der CSU-Regierung im Kampf gegen Rechts, sondern setzt auf ein „weiter so“. Bereits in der Landtags-Anhörung, die wir GRÜNE im Oktober 2016 durchgesetzt hatten, stellten namhafte Expert*innen fest: Das CSU-Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus ist allzu fixiert auf sicherheitsbehördliche Maßnahmen. Das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts wird dagegen zu wenig anerkannt, eingebunden und gefördert. Es mangelt an präventiven Angeboten, v.a. im Bildungsbereich. Auf viele aktuelle Fragen, wie auf den Umgang mit Rechtspopulismus, gibt das Konzept der CSU-Regierung keine Antworten. Außerdem sei das bisherige Vorgehen der CSU-Regierung unzureichend und planlos.

Diese Kritik behält auch mit Blick auf das im Dezember 2017 aktualisierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus seine Gültigkeit.

Wir Landtags-Grüne haben unsererseits ein umfassendes Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet.⁸³ Ziel ist ein wirkungs-, respekt- und vertrauensvolles Zusammenwirken aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Einsatz für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft und gegen menschenverachtendes Gedankengut. Wir verstehen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als Querschnittsaufgabe, die nicht an Ressort- oder Zuständigkeitsgrenzen Halt macht. Die bestehenden und größtenteils vorbildlichen Initiativen, Ansätze und Konzepte auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene gilt es bei allen staatlichen Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen und zu unterstützen. Gemeinsam leitet uns die Vision einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und nicht als Bedrohung.

⁸³ Gemeinsame für ein weltoffenes und demokratisches Bayern, Oktober 2016 (https://www.gruene-fraktion-bayern.de/fileadmin/bayern/user_upload/download_dateien_2018/2016_konzept_gemeinsam_fuer_ein_weltoffenes_und_demokratisches_bayern.pdf).

GRÜNE FORDERUNGEN

Mit einem umfangreichen Antragspaket, das wir auf der Grundlage der Ergebnisse der Expertenanhörung zum „Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ vom Oktober 2016 beschlossen haben,⁸⁴ haben wir uns parlamentarisch für eine Neuausrichtung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus in unserem Sinne starkgemacht⁸⁵. Konkret fordern wir

- eine umfassende Bestandsaufnahme der bisherigen Projekte und Maßnahmen der CSU-Regierung im Kampf gegen Rechts insbesondere des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus,⁸⁶
- die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure in das Handlungskonzept nach einem breiten Konsultationsprozess,⁸⁷
- die Ermittlung des Handlungsbedarfs durch eine tiefgreifende Problemanalyse (Problemdefinition auf dem Stand der aktuellen Forschung) und Erfassung des Ausmaßes menschenfeindlicher Einstellungen in der bayerischen Bevölkerung,⁸⁸
- die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle Demokratie,⁸⁹
- die Einrichtung eines eigenständigen Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Träger,⁹⁰
- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,⁹¹
- den Ausbau und die Förderung zivilgesellschaftlicher Aussteigerberatung,⁹²
- keine Bildungsarbeit in den Schulen durch den Verfassungsschutz und die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE); stattdessen Förderung des Bildungsangebot von zivilgesellschaftlichen Trägern und Trägern der politischen Bildung,⁹³
- die Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus (Community Coaching),⁹⁴
- eine regelmäßige Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des neuausgerichteten Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus.⁹⁵

84 <https://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/gegen-rechtsextremismus/2017/rechtsextremismus-die-stirn-bieten/?L=0>

85 November 2017 war die finale Abstimmung über unser Antragspaket im Plenum – und wieder ein Nein der CSU

86 Drs. 17/16089.

87 Drs. 17/16090.

88 Drs. 17/16091.

89 Drs. 17/16092.

90 Drs. 17/16093.

91 Drs. 17/16094.

92 Drs. 17/16095.

93 Drs. 17/16096.

94 Drs. 17/16097.

95 Drs. 17/16098.

Neben einer Neuausrichtung der präventiven Maßnahmen fordern wir von der CSU-Regierung im Bereich der Repression und der Sicherheitspolitik

- die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen,
- im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei dementsprechend neu zu verteilen,
- den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken,
- entschieden gegen Hetze und Gewaltandrohung vorzugehen – insbesondere in den sozialen Medien,
- alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“, „Der III. Weg“, die „Identitäre Bewegung Deutschland“ zu initiieren,⁹⁶
- die Beobachtung des „Bündnisses deutscher Patrioten“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz,
- landesweite Notfallpläne zum Schutz von bedrohten Einrichtungen, insbesondere von Flüchtlingsunterkünften, zu erarbeiten,
- bei der Vergabe von Aufträgen an private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards zu erstellen,
- Bürgerwehren zu verhindern und konsequent gegen aufkeimende Rufe nach bürgerlicher Selbstjustiz vorzugehen,
- „Reichsbürgern“ und Rechtsextremisten in Bayern die Waffenerlaubnis zu entziehen bzw. gar nicht erst zu erteilen und das Waffenrecht entsprechend zu verschärfen,
- die Möglichkeit schaffen, dass bei der virtuellen Polizeiwache künftig auch Strafanzeigen gestellt werden können von Menschen, die Opfer von Hate Speech oder rechter Gewalt geworden sind.

Darüber hinaus fordern wir die CSU-Regierung auf,

- eine Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie einzusetzen,⁹⁷
- eine unabhängige Kommission zur Überprüfung von Tötungsdelikten und -versuchen mit einem möglichen rechtsextremistischen oder rassistischen Tathintergrund (sogenannte „Altfälle“) einzusetzen,⁹⁸
- das Attentat am Münchener OEZ im Sommer 2016 als rassistisch und rechtsextrem motivierte Tat einzuordnen.

München, 02.04.2018

Katharina Schulze, MdL, Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Inneres und Strategien gegen Rechtsextremismus

Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag

⁹⁶ Mit Blick auf die Partei „Der III. Weg“ ist der erste Schritt getan: Der Landtag hat am 22.3.2018 auf unseren Grünen Antrag (Drs. 17/21334) beschlossen, die CSU-Regierung aufzufordern, sich auf Bundesebene für ein Vereinsverbot der von „Der III. Weg“ einzusetzen.

⁹⁷ Vgl. dazu unseren zusammen mit der SPD gestellten Antrag „Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie“ vom 04.06.2014 (Drs. 17/2295).

⁹⁸ Vgl. dazu unseren Antrag „Rechte Morde aufklären!“ vom 12.03.2015 (Drs.17/5755).

Stand: April 2018



KONTAKT:

Katharina Schulze, MdL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126 2773

Fax: 089 4126 1494

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de